

II-2195 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1124 J
1981 -04- 08

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten STEINBAUER, Dr. WIESINGER, Dr. Marga HUBINEK,
Dr. NEISSER
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend fällige Konsequenzen aus dem AKH-Skandal

Seit über einem Jahr steht der AKH-Skandal im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Der National- und der Bundesrat, der Wiener Gemeinderat, der Rechnungshof, das Wiener Kontrollamt, der parlamentarische Untersuchungsausschuß, die Staatsanwaltschaft und die ordentlichen Gerichte haben sich eingehend mit diesem größten Fehlplanungs-, Korruptions- und Verschwendungsskandal der 2. Republik befaßt.

Das neue Allgemeine Krankenhaus in Wien wird nach Aussagen von Dr. Kandutsch und Dr. Delabro im AKH-Untersuchungsausschuß

- o doppelt so groß werden, wie ursprünglich geplant,
- o es wird doppelt so lang gebaut werden, wie ursprünglich geplant,
- o es wird weniger Betten haben, als ursprünglich geplant, und
- o es wird dreimal so teuer sein, wie ursprünglich geplant.

Nach Vorliegen des sogenannten neuesten Kontrollamtsberichtes der Stadt Wien, der die bauwirtschaftliche Seite des Projektes untersuchte, ist überdies klar, daß sich der AKH-Skandal keineswegs in diversen Schmiergeldaffären erschöpft,

sondern daß hunderte Millionen an Steuergeld verschwendet wurden. Während die ordentlichen Gerichte die Schmiergeldaffäre untersuchen und die Täter zur Verantwortung ziehen, wird es Zeit, daß auch auf politischer Ebene die längst fälligen Konsequenzen gezogen werden.

Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten, daß die Schuldigen an diesem Debakel zur Verantwortung gezogen werden, sie erwarten, daß sich derlei Vorfälle nicht wiederholen und sie erwarten, daß das Spital zügig und preiswert fertig gebaut wird.

Auf Bundesebene mußte Vizekanzler Dr. Androsch zwar die Regierung verlassen, die Frage, wie es weitergehen soll, wurde aber bisher von der Bundesregierung nicht beantwortet. Im Gegenteil: Aus Hochmut wurde ein ganzes Jahr vertan. Anstatt die entscheidungsschwache Wiener Gemeindeverwaltung an ihre Pflicht zu gemahnen, wurde einem Konzept des Fortwurstelns zugestimmt, das nunmehr endgültig gescheitert ist.

Genau vor einem Jahr erklärte der Bundeskanzler vor der Wiener Konferenz der SPÖ: "Wir tragen gemeinsam die politische Verantwortung für diesen gewaltigen Bau und ich bin bereit, diese mitzutragen" (Arbeiter-Zeitung vom 12.4.1980). 11 Monate später war es mit der ungeteilten Verantwortung vorbei: "Die politische Verantwortung trug eindeutig Androsch als Finanzminister." So der Bundeskanzler in der Kronen-Zeitung vom 18.3.1981. Kurz darauf forderte der Bundeskanzler "weitestreichende Konsequenzen" im Bereich der Gemeinde Wien und meinte auch, daß es diesmal nicht ohne personelle Folgen abgehen werde.

Wie diese Konsequenzen aussehen, ist mittlerweile bekannt: Kreisky und Gratz haben je eine Kommission eingesetzt.

Ebenso ungewiß ist die weitere Vorgangsweise beim Spitalsbau selbst. Von den von der ÖVP aufgestellten Forderungen nach

-3-

- Vorlage überprüfbarer Planungsunterlagen,
- einer Überprüfung der Kosten nach Quadrat- und nicht nach Kubikmetern,
- der Vorlage einer kalkulier- und überprüfbaren Betriebskostenabrechnung,
- der Festlegung eines Kostenlimits und
- der Änderung der Bauträgerschaft

wurde bisher nur die letzte aufgegriffen.

Wie Stadtrat Mayr bei der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates am 27. März 1981 mitteilte, soll sich nunmehr folgendes ändern:

Umwandlung der AKPE in eine Ges.m.b.H.; Hauptamtlicher Vorsitzender des Aufsichtsrates soll Dr. Kandutsch werden; Die begleitende Kontrolle soll dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unterstellt werden; Vorstand und Aufsichtsrat sollen neu bestellt werden.

In nicht weniger als drei Entschließungsanträgen hat die Volkspartei ihre positiven Vorschläge für den Weiterbau des AKH in Wien vorgelegt. Neben der Festlegung eines Kostenlimits (aufgrund einer generellen Kostenüberprüfung) muß die Erstellung eines neuen Sollprogrammes bei der Bauplanung im Vordergrund stehen. Bei diesem Sollprogramm müßte von folgenden Vorstellungen ausgegangen werden:

- weitgehende Dezentralisierung,
- Abbau der patientenfeindlichen und störanfälligen Übertechnisierung,

-4-

- Erhaltung und Eingliederung bestehender Baukörper und
- Festlegung von Reserveeinheiten.

Diese Planungsunterlagen müßten weiters mit exakten Terminangaben versehen sein. Um in Zukunft sicherzustellen, daß Kostenüberschreitungen vom Parlament bzw. vom Gemeinderat beschlossen werden müssen, sollte ein eigenes Finanzierungsgesetz unter Anschluß obiger Planungsunterlagen verabschiedet werden.

Alle diese Vorschläge der Volkspartei zum Zwecke der raschen Inbetriebnahme des AKH, das für die Spitalsversorgung Wiens sowie die medizinische Lehre und Forschung gleichermaßen wichtig ist, wurden bisher von der sozialistischen Bundesregierung und der sozialistischen Wiener Stadtregierung ignoriert.

Um darüber sowie über die Fragen der politischen Verantwortung Auskunft zu erhalten, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen Gesamtkosten beim Bau des AKH rechnet die Bundesregierung ?
- 2) Mit welchen Betriebskosten beim AKH rechnet die Bundesregierung ?

-5-

- 3) Was wird die Bundesregierung tun, um den größten Fehlplanungs-, Korruptions- und Verschwendungsskandal zu bereinigen ?
- 4) Wie oft wurde der Ministerrat seit Gründung der AKPE im Jahre 1975 mit Problemen des AKH befaßt ?
- 5) Welche Ergebnisse wurden dabei erzielt ?
- 6) Welche Maßnahmen haben Sie selbst in Ausübung Ihrer Koordinationskompetenz im Zusammenhang mit dem AKH getroffen ?
- 7) Sind Sie nach wie vor der Meinung, daß nur Dr. Androsch die politische Verantwortung zu tragen hat ?
- 8) Wie beurteilen Sie die politische Verantwortung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz, des Bundesministers für Bauten und Technik und schließlich Ihre eigene im Zusammenhang mit dem AKH-Skandal ?
- 9) Wird die Bundesregierung dem Nationalrat umgehend ein Finanzierungsgesetz für das AKH samt angeschlossener Planungsunterlagen zur Beschlußfassung vorlegen, damit sichergestellt ist, daß es nicht neuerlich zu Fehlplanungen und Verschwendung kommt ?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.